Europa Plündert Afrika

Economic Partnership Agreements

Die neue Außenhandelsstrategie
der Europäischen Union
hat viele VerliererInnen

attac

Was sind EPAs?

Würden Sie einen Vertrag unterzeichnen, ohne Zeit zu haben, seinen Inhalt gründlich zu prüfen? Einen Vertrag, der schwerwiegende Folgen für Ihr wirtschaftliches Auskommen und Ihre Überlebensperspektiven hat? – Wohl nicht.

Genau dazu drängte Ende des Jahres 2007 die Europäische Union die 79 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP-Staaten). Sie drohte, ansonsten ihre Einfuhrzölle für Produkte aus diesen Staaten anzuheben, was in vielen Fällen deren Exporte unmöglich gemacht und empfindliche Einnahmeausfälle verursacht hätte. Auch Entwicklungshilfe wurde als Druckmittel eingesetzt. Auf diese Weise schaffte es die EU, 35 von 79 Ländern die Zustimmung zu Freihandelsabkommen abzuringen.

Diese *Economic Partnership Agreements* (EPAs) nehmen den AKP-Staaten das Recht, das zu tun, was die Industriestaaten jahrzehntelang und bis heute machen – ihre fragilen Märkte und jungen Industrien durch Zölle zu schützen. Die Folge: Überschüsse aus der europäischen Landwirtschaft und Industrie werden Afrikas Märkte künftig in noch größerem Maße überschwemmen. Millionen Arbeitsplätze, kleinbäuerliche Betriebe und die sozialen Menschenrechte sind akut bedroht.

Europa nimmersatt

Die EPAs umfassen jedoch nicht nur Zollvereinbarungen, sondern gehen noch weit darüber hinaus. Ab diesem Jahr soll auch über Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Gesundheitsvorsorge sowie über Investitionen verhandelt werden. Regeln für ausländische Investitionen sollen sich allein nach den Interessen der Investoren richten. Zudem wird ein Ausverkauf der öffentlichen Infrastruktur befürchtet. Die fortschreitende Privatisierung schließt immer mehr Menschen vom Zugang zu Wasser, Elektrizität, Gesundheitsvorsorge, Verkehrsmitteln und Finanzen aus. Daneben sollen Vereinbarungen zu geistigen Eigentumsrechten und öffentlicher Beschaffung getroffen werden. Ziel der EU ist es, alle 79 AKP-Staaten zu solch umfassenden EPAs zu bewegen.
Es ist wichtig, dass jetzt der gesellschaftliche Widerstand wächst. Viele Menschen in Subsahara-Afrika setzen sich lautstark zur Wehr und fordern die Rücknahme der bereits unterschriebenen Verträge.

Was passiert konkret?

In **Ghana** sind die Importe von Tomatenpaste zwischen 1998 und 2004 von 3.300 auf 24.740 Tonnen angestiegen, der größte Teil davon aus Europa. Ghanaische TomatenproduzentInnen werden von ihren Märkten verdrängt und verlieren ihre Einkommensquelle. Notwendig wären höhere Importbeschränkungen, doch das neue Freihandelsabkommen verbietet dies für europäische Einfuhren.

In **Botswana** sind Unternehmen verpflichtet, Qualifizierungsmaßnahmen für einheimisches Personal durchzuführen. Viele Branchen, so etwa Gastronomie, Bäckereien, Straßen- und Schienenbau oder das Postwesen, sind nicht für ausländische Investoren zugänglich, damit kleine und mittelständische Betriebe oder öffentliche Unternehmen nicht vernichtender Konkurrenz ausgesetzt sind. Mit den EPAs wäre dieser Schutz verboten, es drohen u.a. Monopolisierung, Verdrängung von heimischen Anbietern und der Verlust von Arbeitsplätzen.

In **Kenia** finanzieren Zolleinnahmen auf eingeführte Waren einen großen Teil des Staatshaushalts. Die Abschaffung von 80 Prozent der Zölle gegenüber der EU hätte für Kenia ernorme Einnahmeausfälle zur Folge. Kürzungen in den Staatsausgaben treffen erfahrungsgemäß zuerst soziale Dienstleistungen für Gesundheit und Bildung. Die schon jetzt ungenügenden Sozialleistungen würden sich weiter verschlechtern.

Partnership???

„Afrika ist ein neues großes Schachbrett geworden, auf dem sich die Mächte bewegen, die die Geopolitik dieser Welt bestimmen."

Diese Äußerung des EU-Entwicklungskommissars Louis Michel macht deutlich, daß die EU mit ihrer neuen Außenhandelsstrategie in erster Linie ihre eigenen Wirtschaftsinteressen verfolgt. Aufgrund der Zielsetzung der EPAs in Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Kräfteungleichgewicht zwischen der EU und den AKP-Staaten kann von partnerschaftlichen Handelsbeziehungen keine Rede sein.

Diese Interessenpolitik der EU hat existenzbedrohende Folgen für die Menschen in den AKP-Staaten. Aber auch die Bevölkerung der europäischen Länder ist zunehmend betroffen: Sozialleistungen werden gekürzt, Löhne gesenkt und öffentliche Aufgaben privatisiert.

Mittlerweile regt sich breiter Widerstand in den afrikanischen Ländern und in der EU.

***attac* fordert**, dass

- die Bereiche Investitionen, geistige Eigentumsrechte, Wettbewerbsregeln, öffentliches Beschaffungswesen und Dienstleistungen aus den weiteren Verhandlungen herausgenommen werden,
- Abkommen entwickelt werden, die den AKP-Staaten bzw. den Regionen in ihren Entwicklungen nützen und die sozialen Menschenrechte bewahren.

Was kann ich tun?

Lesen! Weiterführende Informationen:

- EPAs-Fact-Sheets
- Annette Groth: *attac*-Basistext 24

Weiterlesen! Informationen im Internet:

- www.attac.de/stopepa
- www.stopepa.de

Schreiben! Briefprotest:

Schreiben Sie der Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlkreises, dass Sie von ihr Einsatz für eine Welthandelsordnung erwarten, in der die stärkste Triebkraft Solidarität ist.
Die Anschrift Ihrer Abgeordneten erfahren Sie unter www.abgeordnetenwatch.de.

Ich will mehr von *attac* wissen!

Bitte schickt mir...
__ Exemplare der EPAs-Fact-Sheets à 1,00 Euro
__ Exemplare des EPAs-Basistexts à 6,50 Euro
__ Exemplare dieses EPAs-Faltblatts (kostenlos)
__ Stück Stop-EPAs-Aktionspostkarten (kostenlos)
__ Informationen zur *attac*-Mitgliedschaft
Name: _____
Anschrift: _____
_____
Unterschrift: _____
Bitte ausschneiden und an
attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt
schicken oder direkt bestellen: www.attac.de/shop

attac